„Integrationswerkstätten 2020“

Das neue Integrationskonzept „Wir in Hamburg!, das der Senat im September 2017 beschlossen hat, stellt Ziele für Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt in den Kernbereichen der Gesellschaft auf und hinterlegt sie mit messbaren und transparenten Indikatoren. Es schreibt das Konzept von 2013 fort und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Erstintegration von Geflüchteten.

Mit zwei ausgewählten Bereichen haben wir uns in den Integrationswerkstätten beschäftigt: „Zusammenleben in der Nachbarschaft, Solidarität im Quartier“ und „Ankommen in Ausbildung und Arbeit“.

Wir fragten: Wo wollen wir im Jahr 2020 stehen und was haben wir bislang erreicht?
Was muss sich dafür entwickeln und wer kann einen Beitrag leisten?
Welche gute Initiativen gibt es schon und welche weiteren Ideen können hilfreich sein?

Zusammenleben in der Nachbarschaft, Solidarität im Quartier

In einem kurzen Einleitungsbeitrag beschrieb Arne Dornquast, Bezirksamtsleiter Bergedorf, wichtige Integrationsziele für das Zusammenleben in den Quartieren, insbesondere am neuen Standort für eine „Flüchtlingsunterkunft mit der Perspektive Wohnen“ am Mittleren Landweg.
Dazu zählen stabile Nahversorgungsangebote, die von den Menschen angenommen werden, ebenso wie Begegnungen und Austausch von bisherigen und neuen Bewohnerinnen und Bewohnern, u.a. auch in den Stadtteilgremien. In der Diskussion wurden außerdem eine leichtere Wohnungssuche, kurz: geeigneter sozialer Wohnraum für alle, eine gute Integration der Kinder in den Schulen und Kitas vor Ort sowie ausreichende Räume für eine Selbstorganisation der Zugewanderten, insbesondere der Frauen, als wichtig erachtet. Geflüchtete sollten ihre neue Umgebung kennenlernen - z.B. auch den für viele noch unbekannten Wald - und ihre Lebensräume Stück für Stück erweitern können. Ferner bedürfe es eines Abbaus von Bürokratie und Diversity in allen Beratungsangeboten vor Ort.

Auf dem Weg dahin erfordere es weiterhin die Veränderungsbereitschaft aller Beteiligten, so die Diskussion.
Birgit Haustein, Fachamtsleiterin Sozialraummanagement im Bezirk Bergedorf, wies in ihrem kurzen Input darauf hin, dass ein Perspektivwechsel erforderlich sei: Es könne nicht mehr darum gehen, *für* Geflüchtete aktiv zu sein, sondern *gemeinsam mit ihnen*. Deshalb müssten auch in allen Beteiligungsgremien vor Ort Geflüchtete integriert sein, als Selbstverständlichkeit, nicht als Besonderheit.

Weitere Diskussionspunkte: Die SAGA müsse mehr Wohnraum zur Verfügung stellen, private Vermieter sollten stärker dafür gewonnen werden, auch an Geflüchtete und Zugewanderte zu vermieten. Auch die Jugend- und Sozialarbeit, insbesondere die Sozialberatung in den Quartieren, sei zu stärken.

Als gelungenes Beispiel für praktische Integration wurden Bürgercafés genannt, bei denen sich die Menschen im Quartier begegnen und kennenlernen können. Und einen ganz konkreten Vorschlag für die stabile Nahversorgung gab es auch:
Briefkästen der Post an allen neuen Wohn- und Unterkunftsstandorten.

Ankommen in Ausbildung und Arbeit

In seinem kurzen Einleitungsbeitrag nannte Staatsrat Jan Pörksen, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, die drei wichtigen Integrationsziele für den Erfolg im Beruf: Junge Geflüchtete bis 25 Jahre sollten vorrangig eine Berufsausbildung machen, qualifizierte Geflüchtete über 25 Jahre eine Anerkennung ihrer formalen Berufsqualifikationen erhalten und praxisorientiert weiterqualifiziert werden, geringqualifizierte Geflüchtete zunächst in Arbeit, z.B. Helfertätigkeiten, vermittelt werden, um ggf. später Qualifizierungen nachzuholen.

In der Diskussion waren sich viele einig, dass ein Schlüssel für Ausbildung und Arbeit im Erlernen der deutschen Sprache liege. Der Weg dahin wurde unterschiedlich eingeschätzt: Meinten einige, dass vor Aufnahme einer Ausbildung ein höheres Sprachniveau als bislang vorgesehen erreicht sein müsse, verlangten andere ein Absenken der Anforderungen in der Ausbildung.

Einen dritten Weg beschrieb in ihrem Input Christiane Pohlmann, Leiterin der Aus- und Weiterbildung in der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt Nord.
Es gehe darum, Ausbildungsgänge so umzustellen, dass sie von den Geflüchteten erfolgreich zu bewältigen seien, ohne die Anforderungen zu reduzieren. Gute Erfahrungen habe sie z.B. damit gemacht, fachsprachliche Inhalte eher an das Ende der Ausbildung zu setzen statt an den Anfang, wie bisher gewohnt. Mit der entsprechender Offenheit, Kreativität und Flexibilität sei dies möglich.

Weitere Punkte in der Diskussion: Auch eine nachholende Grundbildung z.B. im Rechnen, mit der Möglichkeit, einen Schulabschluss nachzuholen, sei für viele Geflüchtete wichtig. Ob es hier aber um klassischen Schulunterricht oder doch mehr um einen projektorientierten Ansatz gehe, war strittig. Auch ein vertiefender Sprachunterricht an der Berufsschule könne helfen. Es brauche mehr Teilzeitangebote für Mütter, ebenso wie Sprachkurse mit paralleler Kinderbetreuung. Und alle Geflüchteten benötigten einen digitalen Zugang, um sich informieren und bilden zu können.

Gute Erfahrungen gebe es mit Patenschaften innerhalb von Betrieben, ebenso mit verschiedenen praktischen Ansätzen der Kompetenzfeststellung, die vertieft werden sollten.